

Neues Berlin-Abkommen?

Ein britischer Vorschlag — Erklärung Lloyds im Unterhaus

London (ap/dpa). Der britische Außenminister Lloyd gab in einer Aussprache des Unterhauses zu erkennen, daß Großbritannien ein neues Berlin-Abkommen anstrebt, das den freien Zugang der Westmächte nach der Viersektorenstadt sicherstellt. Lloyd sprach die Hoffnung aus, daß es den vier Großmächten gelingen werde, sich auf ein derartiges Abkommen zu einigen. Diese Frage könnte auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Genf oder auf der möglicherweise folgenden Gipfelkonferenz erörtert werden.

Nach Ansicht der britischen Regierung würde eine neue Regelung beiden Seiten Vorteile bringen und bestehende Mißverständnisse klären, wie Lloyd meinte. Diese Auffassung setze sich gegenwärtig mehr und mehr durch. Der Außenminister sagte in diesem Zusammenhang nicht, ob auch die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Erörterung eines solchen Abkommens zu verstehen gegeben habe.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Lloyd, die britische Regierung erhoffe sich durch ein neues Abkommen eine Bestätigung des Rechtes der Westberliner, ihr eigenes Gesellschaftssystem zu bestimmen, und ein zufriedenstellendes Übereinkommen über den freien Zugang nach Westberlin, von dem die Freiheit seiner Bevölkerung abhänge. Die ideale Lösung wäre es, wie der Außenminister betonte, Berlin zur Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands zu machen. Nachdem dies jedoch in naher Zukunft nicht möglich sein werde, gelte es, besondere Abmachungen zu treffen. Mit Nachdruck stellte Lloyd fest, die britische Regierung werde niemals einen Plan akzeptieren, der eine Eingliederung Westberlins in die Sowjetzone zur Folge haben würde.

Der britische Außenminister entwickelte in der außenpoliti-

schen Debatte des Unterhauses drei Ziele der englischen Berlin- und Deutschland-Politik.

Danach will Großbritannien 1. irgendeinen Fortschritt in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands „unter vernünftigen Bedingungen“ erzielen, 2. die Freiheit der Westberliner Bevölkerung sichern und den Zugang zu Westberlin sicherstellen und 3. die Spannungen in Europa vermindern und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent festigen.

Brandt gegen UNO-Lösung

„Über Berlin besteht Einigkeit“ — Nach London-Besuch

Berlin (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister Brandt erklärte vor der Berliner Pressekonferenz, er habe Grund zu der Annahme, daß die Vier-Märkte-Arbeitsgruppe in London in der Berlin-Frage „eine weitgehend einheitliche Auffassung erarbeitet“ habe. Während seines London-Aufenthaltes sei er über die Besprechungen unterrichtet worden. Brandt betonte, wenn in den weitergehenden Fragen, wie „Deutschland“ und „Sicherheit“, eine Einigung nicht möglich sei, dürfe für Berlin nicht der Weg einer Scheinlösung beschränkt werden. Erneut erklärte sich Brandt mit einem „zusätzlich bekundeten Interesse der Vereinten Nationen an Berlin“ einverstanden. „Wir sind aber gegen einen Austausch vorhandener Rechtspositionen gegen ein Engagement der UNO.“

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz sagte der Regierende Bürgermeister, er würde es begrüßen, wenn für bestimmte, ganz Deutschland

betreffende Fragen ein „Organ“ der vier Mächte zur Verfügung stände, zu dem Vertreter der Verwaltung in beiden Teilen Deutschlands hinzugezogen werden könnten.

Meldungen der kommunistischen Presse über Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen Labour-Abgeordneten und ihm nannte Brandt „frei erfunden“. Im übrigen kenne er den an ihn gerichteten Brief der sieben linksgerichteten Labour-Abgeordneten nur aus dem SED-Blatt „Neues Deutschland“, erhalten habe er ihn nicht. Trotzdem erhalten die Herren von mir eine Antwort, die sie sich hinter den Spiegel stecken können.“

Den Beschuß der SED, ihre Parteiarbeit in Ost- und Westberlin künftig zu trennen, bezeichnete der Regierende Bürgermeister als „interessant“. Vielleicht bereite sich die SED bereits darauf vor, daß die Spaltung Berlins noch mehr vertieft wird.

Keine Chance?

J. B. G. Nur ein halber Monat trennt uns noch von dem Beginn der Konferenz der Außenminister am 11. Mai in Genf. In den vier Jahren seit den Generalkonferenzen des Jahres 1955 ist über die Wiedervereinigung Deutschlands viel geredet und geschrieben worden. Aber das hat nicht gehindert, daß man sich in Ost und West de facto weiter mit dem geteilten Deutschland eingerichtet hat.

Der Bundestag hatte im Juli vergangenen Jahres die vier Mächte aufgefordert, ein verantwortliches Gremium zu bilden, das stetig und systematisch an die Lösung der deutschen Frage herangeht. Der wesentliche Grund zu diesem Schritt war, daß die deutsche Frage seit Jahren nicht mehr offizielles Thema war. Nun also ist es so weit gekommen — wenn auch auf anderem Wege —, daß jene vier Mächte über Deutschland sprechen, die am 8. Mai 1945 die Gewalt und Verantwortung über Gesamtdeutschland übernommen haben. Nebenbei bemerkt, die Sowjetunion hat sich gerade eben, in ihrer jüngsten Note vom 21. April gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik, auf jenen Übergang von Rechten und Verantwortungen in bezug auf „Hitler-Deutschland“ berufen — das war doch jedenfalls Gesamtedutschland.

Selbstverständlich fragen sich die Menschen in Deutschland, beiderseits des Brandenburger Tors und beiderseits der Zonengrenze, was wohl in Genf herauskommen wird. Für andere Völker mag sie eine internationale Konferenz wie jede andere sein, für uns Deutsche ist sie unendlich viel mehr. Wer von uns wirklich über das nationale Schicksal von Volk und Land nachdenkt, wird nicht voreilig fertig sein mit dem Urteil über die Aussichten der kommenden Konferenz und ihrer vermutlichen Nachfolger. Ganz besonders aber werden die Menschen in der Zone prüfen und beobachten. Bei ihnen nicht weniger als auf unserer Seite ist das Schwanken groß zwischen der Furcht vor einem neuen Fehlenschlag und der Hoffnung auf

einen ersten Erfolg. Gibt es diesmal eine Chance zur Wiedervereinigung oder gibt es keine, das ist ihre und unsere Frage.

Wenn man von der Stimmung in der Welt auf den wirklichen Konferenzverlauf schließen wollte, wäre wenig Anlaß für Hoffnung zu finden. Der Außenministerkonferenz wird ohnehin geringe Chance gegeben, weil allgemein vermutet wird, Chruschtschow werde sich alle wesentlichen Entscheidungen für die Gipfelkonferenz vorbehalten. Er werde nur soviel Spielraum für seinen Außenminister Gromyko lassen, daß dem Westen eine Gipfelkonferenz nicht von vornherein sinnlos erscheint. Wenn es so ist, und wahrscheinlich wird es so sein, dann haben die Westmächte immerhin die Möglichkeit, als Gegenleistung für Chruschtschows Wunsch nach einer Gipfelkonferenz, Vorausklärungen zu erzwingen, die einen realen Wert haben. Die Erwartungen hinsichtlich der späteren Gipfelkonferenz werden weniger bestimmt ausgedrückt, aber auch da überwiegen Vorsicht und Zurückhaltung ganz deutlich. Irrendwelche „kleinen“ Lösungen, zum Beispiel in bezug auf Berlin, sind die häufigste Perspektive.

Und es ist sicher besser, mit Nüchternheit an die kommende Konferenz heranzugehen als mit überschwenglichen Erwartungen wie im Sommer 1955, als noch die sowjetische Offensive des Lächelns täuschte. Aber man kann Pessimismus auch übertrieben, wie es gegenwärtig vielfach geschieht. Diese Übertriebung hat verschiedene Gründe. Bei mancher Äußerung ausländischer Beobachter mag der Wunsch, es möge bei der Teilung Deutschlands bleiben, der Vater des Pessimismus sein. Mit diesen Pessimisten soll heute hier nicht gerecht werden; ihnen ist offenbar immer noch nicht klar, daß die Teilung Deutschlands ein zwar zur Zeit ruhender, aber alles andere als erloschener Vulkan ist.

*
Was die Überschätzung der sowjetischen Position angeht, so war die sowjetische Politik geschickt genug, den politischen Angriff auf Berlin zu konzen-

trieren. Die Insel Berlin im sowjetischen Meer, da erscheint die günstige Lage der Sowjets sozusagen greifbar. Dafs sie auch hier nicht so günstig ist wie sie schien, ist aus dem bisherigen Lauf der Auseinandersetzung um Berlin bereits deutlich geworden. Unabhängig davon ist aber der sowjetische Vorstoß ein Beweis dafür, daß auch die Sowjets selbst den gegenwärtigen Stand der Dinge für unbefriedigend halten. Sonst hätten sie gerade diesen Vorstoß, über dessen alarmierende Wirkung sie sich wohl nicht täuschen könnten, nicht gemacht.

*
Die Ausgangslage für die Ost-West-Verhandlungen enthält viele Fragezeichen und dunkle Punkte. Deshalb und wegen der Unberechenbarkeit sowjetischer Politik ist Zurückhaltung in den Erwartungen durchaus angebracht. Aber es ist keineswegs so, daß nur die Sowjets Trümpfe in der Hand haben. „Die Idee von der Überlegenheit der russischen Diplomatie verdankt ihre Kraft der Dummheit und Furchtsamkeit der westlichen Nationen“, dieses Urteil hat viel Richtiges, wenn es auch für die Gegenwart nicht ausreichen kann. Aber dafür stammt es auch aus dem Jahre 1853, von einem gewissen Karl Marx...

Was die deutsche Politik angeht, so sollte sie sich von jeder Stimmung frei machen. Am allerwenigsten wäre Pessimismus angebracht, der ja nur zur Resignation verleiten kann. Vielleicht kommt sich manch einer sehr gescheit vor, wenn er auf politischem und diplomatischem Boden oder im Funk und Fernsehen oder auf dem Papier glaubt nachweisen zu können oder gar zu müssen, daß nichts herauskommen kann. Nichts gegen kritische Analysen! Aber diese Leute vergessen, daß der Wille auch ein Element der Geschichte und der Politik ist. Und zumal der Wille eines großen Volkes, das wir immer noch sind. Für deutsche Politik und deutsche Politiker darf es nur eine Haltung geben: mit dem Elan des Vertrauens in die Güte und das Recht unserer Sache an die kommenden Ost-West-Verhandlungen zu gehen.

Rat der EKD: Nicht resignieren

Evangelische Kirche: „Tiefe Beunruhigung“ in der Zone

Berlin (dpa/ap). Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat in einer Erklärung vor jeder Resignation in der Wiedervereinigungsfrage gewarnt. Das unter Vorsitz von Bischof Dibelius in Berlin tagende oberste Gremium der evangelischen Kirchen Deutschlands bat gleichzeitig, die verantwortlichen Politiker und die Gemeinden „sich durch die zur Zeit überwindlich erscheinenden Hindernisse nicht irremachen zu lassen in dem Bemühen, einen Beitrag zur Entspannung und zur Wiederher-

der Deutschen in Ost und West“ sein werde. Der Rat sei gewiß, daß auch ein zunächst noch so bescheidener Schritt auf die Wiedervereinigung hin Dankbarkeit und Ermutigung auslösen werde.

Der Rat nahm Kenntnis von der tiefen Beunruhigung in den Gemeinden der Sowjetzone, die

dadurch entstanden sei, daß maßgebende Persönlichkeiten in jüngster Zeit Äußerungen taten, die als gegen den christlichen Glauben gerichtet verstanden werden müssten. Der Rat bittet die Gemeinden demgegenüber, nicht bitter zu werden, sondern vielmehr „ungebeugt den Glauben in Wort und Tat zu bekennen“. Den Gebetssonntag am 3. Mai sollen alle Gemeinden in Ost und West nach dem Wunsche des Rates mit Andacht und Glauben feiern.

Zuchthaus für Dozenten

Geheimprozeß in Potsdam gegen SED-Wissenschaftler

Berlin (Eigenmeldung). Der ehemalige Leiter des Instituts für gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium an der Ostberliner Humboldt-Universität, Heinrich Saar, und die früheren Dozenten an diesem Institut, Crüger und Lauer, sind, wie erst jetzt bekannt wird, Ende vergangenen Jahres vom Bezirksgericht Potsdam zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wie das Informationsbüro West erfuhr, wurden die Wissenschaftler in dem geheim geführten Prozeß beschuldigt, die Staatssicherheit gefährdet zu haben. Zusammen mit anderen Wissenschaftlern

und Studenten sollen die Angeklagten, sämtlich Mitglieder der SED, einen „Verschwörerkreis“ gebildet haben.

Hauptpunkt der Anklage war laut IWE ein von den Wissenschaftlern ausgearbeitetes Zehnpunkteprogramm, in dem u. a. die Umbildung des Zentralkomitees und des SED-Politbüros sowie die Beseitigung des Personenkults gefordert wurden. Diese Forderung war eindeutig gegen den SED-Chef Walter Ulbricht gerichtet, von dem es in dem Zehnpunkteprogramm hieß, er trage den Keim für die Entwicklung des Personenkults in sich.

Taylor: Eine Art Heimkehr

Berliner Abgeordnetenhaussitzung mit Gerstenmaier

Berlin (Eigenmeldung). Pünktlich traf General Maxwell D. Taylor, der Stabschef des amerikanischen Heeres, auf dem Militärflughafen Tempelhof ein. Der frühere Berliner Stadtkommandant wirkte frisch und jugendlich, als er aus einer Super-Constellation des Army-Transport-Kommandos stieg. Es ist jedoch seine letzte Inspektionsreise vor der Pensionierung.

Auf dem Flugplatz erklärte Taylor: „Jede Reise nach Berlin ist für mich eine Art Heimkehr.“ Er habe sich ein besonderes Interesse für diese Stadt bewahrt, über die er sich auch heute noch laufend genau informiere. Ebenso wie er für die Berliner größte Zuneigung und Achtung empfinde, sei auch Amerika in keinem Punkte einiger als in der Entschlossenheit, die Freiheit Berlins zu erhalten.

Taylor bedauerte, daß er aus Teringründen nicht zur Luftbrückeneifer kommen könne. Es wurde als eine freundschaftliche Geste empfunden, daß Taylor an seiner Uniform das silberne Abzeichen „Macht das Tor auf“ trug. Taylor erklärte zu der sowjetischen Forderung nach einer Begrenzung der Flughöhe in den Berliner Luftkorridoren, es liege auf der Hand, daß die modernen Düsenflugzeuge in der technisch günstigsten Höhe fliegen müssten. Hierbei gehe es um eine technische Frage, die jetzt allerdings politisch zu werden scheine. Über den gegenwärtigen Besuch von Verteidigungsminister Strauß in den USA befragt, sagte der Stabschef, er, Taylor, wäre sehr erstaunt, wenn Strauß mit leeren Händen aus den USA zurückkehre.

„Keiner darf fehlen“

Freiheitskundgebung am 1. Mai

Berlin (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister Brandt hat die Bevölkerung Berlins aufgerufen, an der Mai-kundgebung auf dem Platz der Republik teilzunehmen. Vor der Berliner Pressekonferenz verwies Brandt darauf, man habe sich seit Beginn der Berlin-Krise keiner „lautstarken Demonstration bedient“. Die Kundgebung am 1. Mai müsse „ein großes, würdiges Bekenntnis des freien Berlin“ werden. Brandt bat gleichzeitig die Bevölkerung, für die am kommenden Sonnabend beginnende Straßensammlung „Luftbrückendank“ zu spenden.

Auch Bürgermeister Amrehn hat auf die Bedeutung der Mai-kundgebung hingewiesen. In einer Rundfunkansprache erklärte der Bürgermeister: „Niemand darf am 1. Mai fehlen.“ Die ganze Welt blicke in diesen Tagen vor der Genfer Außenministerkonferenz auf Berlin, um zu sehen, wie sich die Bevölkerung verhalte. Die Berliner sollten „stellvertretend für alle Deutschen“ in West und Ost ihre Stimme erheben: ganz Deutschland müsse frei werden.

stellung der Einheit unseres Volkes, in Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu leisten“.

Es sei die Hoffnung des Rates, so heißt es in der Erklärung, daß eine Frucht der bevorstehenden Konferenzen die „ungehinderte Kommunikation

Siebenmeilenstiefel und rote Laterne

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Weil die SED es nicht schafft, den wirtschaftlichen Anschluß an die Bundesrepublik zu erreichen, muß die Bevölkerung in freiwilligen Einsätzen Sonderleistungen vollbringen. Alles Erreichte aber wird völlig unsachlich als Ausdruck des „neuen Bewußtseins der Massen“ bezeichnet.

ROSTOCK

VEB Stadtreinigung schafft es nicht. Die „Ostseezeitung“ vom 20. 4. schreibt: „Zur Sauberhaltung der Stadt würde es auch beitragen, wenn vor den Häusern die Schutthaufen nicht wochenlang herumliegen. Da werden Straßenteile auferissen, aber eine Pflasterung läßt lange auf sich warten. Überladene Fahrzeuge verschmutzen fortlaufend die Straßen. Helfen wir deshalb am kommenden Sonnabend alle beim Großreinemachen.“

Hausfrauen kritisieren: „Warum gibt es keinen koffeinfreien Bohnenkaffee?“ — „Süßwaren neben Rollmopsen verlieren an Geschmack.“ — „Warum bekommt man keinen Kaffee in Kunststoffdosen verpackt?“ — „Warum stellt man aus Schokolade keine Maikäfer her?“ Die Antwort: „Im nächsten Jahr gibt es Maikäfer aus Schokolade. Wie anspruchsvoll wir schon wieder geworden sind!“

MAGDEBURG

Bauelemente fehlen: Die Bauarbeiter der Brigade Kruse drehen die Däumchen. Ihnen fehlen die Deckenelemente. Offenbar hat die Bauleitung der Bauunion den Anschluß verpaßt.

Ständig neue Beschlüsse: Die Rechenschaftsberichte über die Arbeit kommen nicht zustande, weil dauernd neue Beschlüsse gefaßt werden. Viele haben den Betriebskollektiv-Vertrag 1959 nicht in Händen.

DRESDEN

Zuchthaus für Staatsfeinde. Unter dieser Überschrift stellt die „Sächsische Zeitung“ zu dem Dresdener Schauprozeß vom 20. 4. fest: „Die Mitglieder die-

ser illegalen terroristischen Gruppe hatten das Ziel, die gesellschaftliche Ordnung in der DDR zu stürzen. Systematisch und planmäßig versuchten sie, Unruhe unter die Studentenschaft zu tragen. Dabei trat die Gruppe immer dann in Aktion, wenn von den Kräften des Friedens neue Vorschläge für die internationale Entspannung gemacht wurden. In der Verhandlung gestanden die Angeklagten offen ihren Staatsverrat.“

HALLE

Die Vorstellung vom „Glück“. Frauen von Männern, die in Brigaden der sozialistischen Arbeit kämpfen, erklärten: „Schöner ist jetzt schon das Leben durch die Arbeit in der Brigade. Mein Mann war für die Kirche, ich dagegen war für unser neues Leben. Jahrelang

„Romeo und Julia“ im Theater der Jungen Garde: „In dem Stück wirken Menschen mit“, schreibt die Kritik in der „Freiheit“ (SED), „die in ihrer Vitalität und Aufgeschlossenheit, ihrer Leidenschaft und Innigkeit uns nahe und vertraut sind wie die Ideale des jungen Bürgertums, die erst in unserer Zeit Erfüllung finden.“

CHEMNITZ

Kampfwoche der FDJ: Täglich erhält die beste Gruppe den „Siebenmeilenstiefel“ und die schlechteste Gruppe den „Filzlatzsch“ ausgehändigt. Auf diese Weise soll die Produktion gesteigert werden. Die Kampfwoche soll dazu beitragen, daß der Bezirksverband Chemnitz „Die rote Laterne“, das Zeichen für die schlechteste Planerfüllung wieder abgeben kann.

LEIPZIG

Massenbedarfsgüter fehlen. „Wie will man die kontinuierliche Lieferung von Grillpfannen und Abdeckblechen sichern? Zur Zeit besteht ein Rückstand gegenüber den Verpflichtungen aus dem Massengüterproduktionsprogramm, der bald aufgeholt werden muß, soll es nicht zu Stockungen kommen. 2000 Gasherde müssen wir monatlich emaillieren lassen. Im Emaillierwerk ist aber nur eine Kapazität von monatlich 1000 Stück gegeben.“

„Große Wäsche hat Perspektive“, unter dieser Überschrift kündigt die „Leipziger Volkszeitung“ an, daß eine Industriewäscherei für 14 000 Haushaltungen im Bau ist. Im Stadtbezirk Leipzig-Nord seien 70 Frauen bereit, sofort in einer Wäscherei täglich vier Stunden zu arbeiten, und ihren Dienst für den Kauf von Waschmaschinen zur Verfügung zu stellen.

Polytechnische Ausbildung für Lehrer. Für etwa 300 Leipziger Lehrer beginnt eine Ausbildung für Elektrotechnik. Auf Lehrgängen sollen sie sich auf den Unterrichtstag in der Produktion vorbereiten.

Spionage-Prozeß

Berlin (dpa). Nach einem dreitägigen Schauprozeß hat das Ostberliner Stadtgericht drei junge Ostberliner zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Der 24jährige Dieter Gerull erhielt sieben, der 24jährige Maschinenschlosser Gerhard Thiele vier-einhalf und der 22jährige Mechaniker Klaus-Dieter Susat drei Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten sollen angeblich für den amerikanischen Geheimdienst gearbeitet haben.

hat es einen Kampf darum gegeben. Heute ist mein Mann sogar Genosse. Jetzt werden die Frauen mehr beachtet. Wir haben uns sogar zu Arbeitseinsätzen verpflichtet.“

Auslandsreisen des DER: Für Juni bis Mitte Juli bietet das Reisebüro 12-Tage-Ostseereisen nach Gdańsk (Danzig), Leningrad, Helsinki und Stockholm an. Ungarn bietet: Plattensee, nördliches Bergland und Budapest. Rumänien: Karpaten und Schwarzwasser. Bulgarien: Rila-Berge und Schwarzwasser.

Hannover — Superschau der Technik

„Deutsche Industriemesse“ wie noch nie — 4600 Aussteller aus 27 Ländern

S. Hannover (Eigenbericht)

Als Bundeswirtschaftsminister Erhard am Sonntag die 13. Industriemesse eröffnete, war Hannover um ein Superlativ reicher: wieder übertrifft diese Messe alle ihre Vorgängerinnen an messbaren Leistungen. Die Ausstellungsfläche ist um 5000 Quadratmeter auf 425 000 Quadratmeter (davon 275 000 Quadratmeter überdeckt) vergrößert und die Zahl der Aussteller auf 4600 erweitert worden (i. V. 4300), obwohl diesmal die Gruppe Textilmaschinen ausstellung in Mailand geben wird.

Mit diesen Zahlen steht Hannover an der Spitze aller Messen in der Welt. Die zunehmende Internationalisierung des hannoverschen Messegeländes drückt sich in der gestiegenen Zahl der ausländischen Aussteller aus: 1958 stellten 606 Firmen aus 20 Ländern aus, 1959 sind es 770 Firmen aus 26 Ländern. Bemerkenswert ist der Anteil Frankreichs mit 145 Firmen, aus Österreich sind 112, aus Großbritannien und den USA je 87 Firmen gekommen, aus der Schweiz 75.

Mit rund 230 Firmen steht Berlin an fünfter Stelle der ausstellenden Bundesländer. Am stärksten ist die Elektroindustrie vertreten, gefolgt von Maschinen- und Apparatebau, Büromaschinen, Feinmechanik und Optik.

Mit 1400 Ausstellern, untergebracht in neun Hallen und auf dem Freigelände, stellt die Gruppe Maschinenbau wiederum die meisten Aussteller. Zwar stehen dabei die Holzbearbeitungsmaschinen mit 22 Firmen an der Spitze, das Gesicht des mechanischen Teils der Messe bestimmen aber die Baumaschinen auf dem Freigelände mit turmhohen Kränen, Aufzügen und Straßenbaumaschinen von Hunderten und mehr Tonnen Gewicht. Blickfang unter diesen Giganten ist das von Krupp ausgestellte Raupenfahrwerk eines Braunkohlen-Schauferladbaggars. Allein die ausgestellte Raupenkette, von denen der Bagger drei benötigt, wiegt 102 Tonnen, in ihre Höhlung könnte man ein Einfamilienhaus unterbringen.

140-Tonnen-Kran

Unweit davon steht das wahrscheinlich schwerste Ausstellungsstück der Messe: ein 140 Tonnen schwerer Werftkran

einer Peiner Firma, der bei einer Ausladung von 40 Metern 12 Tonnen, bei 18 Metern 23 Tonnen hebt und von einem einzigen Mann bedient wird. Der Kran, der für eine Hamburger Werft bestimmt ist, kostet rund 400 000 Mark. Besonders auf dem Freigelände fällt diesmal der internationale Charakter der Messe ins Auge. So haben die Franzosen die riesigen Lastwagen ausgestellt, die von Berliet für den Ölttransport in der Sahara konstruiert wurden. Das dreilachsig Modell „Gazelle“ entpuppt sich mit mannshohen Rädern und einem 600-PS-Motor als ein bulliges Riesenfahrzeug, das vollbeladen 60 Tonnen zieht.

Größte Elektroschau

Den zweiten Platz unter den Ausstellern nimmt wie im Vorjahr mit über 1200 Firmen die Elektrobranche ein, die in vier Hallen mit 100 000 Quadratmetern Fläche untergebracht ist und außerdem noch 5000 Quadratmeter des Freigeländes beansprucht. Da sich unter den Elektro-Ausstellern auch rund 200 namhafte Firmen des Auslandes befinden, wird dieser Teil der Messe als die „größte Elektroschau der Welt“ bezeichnet.

Aus dem breiten Programm, das die Elektroindustrie von einfachen Küchenmaschinen bis zu tonnenschweren Installationsgeräten anbietet, schälen sich zwei auf der Messe ins Auge springende Erkenntnisse: der Fortschritt der Elektronik und die Anpassung der Fernsehgeräte an das bevorstehende zweite Programm.

In der Elektrotechnik werden die voluminösen und stromfressenden Röhren mehr und mehr jene als Heinzelmännchen wir-

kenden Kristallverstärker, die es ermöglichen, dem künstlichen Erdsatelliten volleistungsfähige Sender mit auf den Weg um die Erde zu geben.

„Schneller schreiben“

Die Fernsehindustrie wartet ebenfalls mit einer Überraschung auf: Die neuen Geräte werden kleiner und leichter, einige Modelle bis zu neun Kilogramm, ohne daß die Größe des Bildschirms oder Schärfe und Klarheit darunter leiden. Die neuen Modelle können durch wenige Handgriffe auf das kommende zweite Programm umgeschaltet werden. Gleichzeitig sind Vorsatzgeräte (Konverter) ausgestellt, die auch alten Modellen die Beteiligung am zweiten Programm ermöglichen.

Das Motiv „noch schneller, noch sicherer“ und das Bestreben, Arbeitskräfte einzusparen, tritt auch in den Hallen der Büroindustrie (450 Aussteller) zutage. Neu ist eine Schreibmaschine, die bei der gleichen Schreibgeschwindigkeit wie bisher eine um 14 Prozent höhere Leistung dadurch ermöglicht, daß der Anschlag der „Leertaste“ mit dem Anschlag des letzten Buchstabens des vorangegangenen Wortes synchronisiert ist — die Erfindung eines hannoverschen Handelsschullehners. Auch in die Büromaschinenindustrie hat die Elektronik Einzug gehalten. Eine westfälische Firma zeigt die erste elektronische Buchungsmaschine der Welt, „Dataquick“ genannt, die die gleiche „Speicherkapazität“ hat wie das erste Elektronengehirn der Welt, die „Marc I“, die 1938 in den USA entwickelt wurde und fünfzigmal so groß wie „Dataquick“ ist. Diese rechnet aber wesentlich schneller als ihr amerikanischer Vorgänger.

Signal für gutes Wetter

Bequeme Radiohörer finden auf der Messe einen „Zeit-Automaten“, der nachts das Rundfunkgerät zu einer beliebigen Stunde automatisch abstellt. Und ein Zimmerbarometer, das mit farbigen Lämpchen gutes oder schlechtes Wetter signalisiert.

Mit dem Bund verbunden bleiben!

Amrhn vor dem Berliner CDU-Parteitag — Lemmer wiedergewählt

Berlin (Eigenbericht). Vor kommunistischen Plänen, nach denen Berlin künftig in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht vom Westen getrennt werden soll, hat Bürgermeister Amrhn auf dem Parteitag der Berliner Christlich-Demokratischen Union nachdrücklich gewarnt. Berlin müsse, stellte Amrhn fest, auf jeden Fall Bestandteil des Währungsgebietes der Bundesrepublik bleiben. Der Bund müsse weiterhin für das finanzielle Gefüge der Stadt verantwortlich sein. Der beste Schutz sei die Anwesenheit jener Mächte, die „uns in der Vergangenheit verteidigt haben“.

In einem Grußtelegramm an Bundeskanzler Dr. Adenauer dankte der Parteitag dem Kanzler für seine „unbeirrtes Festhalten“ an seiner außenpolitischen Konzeption. In einem einstimmig verabschiedeten Antrag übermittelten die Delegierten den Deutschen in der Sowjetzone und in Ostberlin ihren Gruß und bekundeten die Entschlossenheit zur Wiederherstellung der deutschen Einheit mit Berlin als Hauptstadt. Eine Zeitlang nahm auch Bundestagspräsident Gerstenmaier, mit großem Beifall empfangen, an der Tagung teil.

Zu Beginn war der 1. Landesvorsitzende, Bundesminister Ernst Lemmer, der von einer monatelangen Kur wieder nach Berlin zurückkehrte, betont herzlich begrüßt worden. Lemmer wies in seiner Ansprache zur Eröffnung des Parteitages auf die vorbildliche Haltung der Berliner Bevölkerung hin. Diese Zuversicht werde durch den Ablauf der Ereignisse in diesem Jahr ihre Bestätigung finden.

Anschließend hieß der Versammlungsleiter, Bundestagsabgeordneter Dr. Gradi, die zahlreichen Ehrengäste, unter ihnen besonders den DGB-Vorsitzenden Scharnowski, sowie die alliierten Vertreter willkommen und erwähnte die Grußtelegramme des Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, und des früheren Bundesministers Jakob Kaiser. Einstimmig beschlossen die Delegierten, Kaiser zu bitten, den Ehrenvorsitz der Berliner CDU zu übernehmen. Ferner wurde vorgeschlagen, die Verdienste von Prof. Dr. Friedensburg als Bürgermeister in der Blockadezeit durch die Verleihung der

Berliner Ehrenbürgerrechte herzuheben.

Kritik an Koalition

Im Anschluß an das Referat von Amrhn kam es in den Nachmittagsstunden zu einer unerwartet lebhaften, stundenlangen Aussprache, an der sich über 20 Redner beteiligten. Dabei erörterte man auch die Frage der Berliner Koalition mit der SPD. Amrhn hatte sich in seinem Referat grundsätzlich für diese Koalition ausgesprochen, sich jedoch dagegen gewandt, daß die SPD — wie zum Beispiel im Tempelhoef — minimale Bezirksmehrheiten einseitig ausnutze. Besonders scharf wurde die „totale Koalition“ mit der SPD vom Fraktionsvorstandsmitglied Dr. Riesebrodt kritisiert, der ihr jede zwingende Notwendigkeit bestritt. Dr. Gradi stellte dazu fest, man würde dem Willen der Wähler im Rahmen einer Koalition besser entsprechen. Entscheidend sei die politische Lage der Stadt. Solange sie sich nicht ändere, müsse man an der Koalition festhalten. Die SPD werde hoffentlich aus der Debatte die Lehre ziehen, daß „es Grenzen für sie gibt“.

Heftige Schuldebatte

Ausgehend von dem ausführlichen Bericht des Fraktionsvorsitzenden Endres wurde ferner — teils sogar heftig — über die pädagogischen Verbesserungen an den Berliner Schulen diskutiert. Endres betonte, die Fraktion habe sich nicht gegen diese Verbesserungen gewandt. Vor allem Oberstudiendirektor Padberg übte an der Einstellung verschiedener CDU-Abgeordneter scharfe Kritik. Im weiteren Verlauf der Debatte warnte Finanzsenator Wolff in Anbetracht der Finanz-

lage vor unüberlegten Ausgaben. Außerdem äußerte man sich kritisch über die politische Haltung verschiedener Studenten und Professoren an der TU.

Der Parteitag beschloß, die kulturpolitischen Aufgaben der CDU auf einem Sonderparteitag zu erörtern. In einem verabschiedeten Dringlichkeitsantrag wurde die Anpassung der Berliner Renten an die des Bundes ohne Herabsetzungen verlangt. In einem weiteren Antrag forderte man die Freilassung der im Dresdener Terrorprozeß verurteilten Studenten und anderer unschuldig verhafteter politischer Gefangener.

Überzeugende Mehrheit

Mit der überzeugenden Mehrheit von 121 : 19 Stimmen bei zehn Enthaltungen wurde wiederum Bundesminister Ernst Lemmer zum ersten Landesvorsitzenden gewählt. Unter dem Beifall der Delegierten stellte Lemmer zum Abschluß fest, es gebe in der Berliner CDU keine Flügel und keine Richtungskämpfe, wohl aber individuelle Meinungen über diese oder jene Frage, weil in der Partei nichts gleichgeschaltet werde. Die Treue zu den christlich-demokratischen Idealen vereine jedoch alle. Schöpferische Eintracht sei gerade jetzt wichtiger als zerstörende Zwietracht. Zum zweiten Landesvorsitzenden wählte der Parteitag mit 129:14 Stimmen bei vier Enthaltungen Bürgermeister Amrhn. Geschäftsführender Vorsitzender wurde wiederum Finanzsenator Wolff (111 Stimmen). Ferner gehören dem Geschäftsführenden Landesvorstand als stellvertretende Vorsitzende Josef Stingl (129), Frau Schneider (107) und Johannes Müller (124) sowie als Schatzmeister Hans-Joachim Boehm (121) an.

Parlament feierte Geburtstag

Stabschef der US-Armee weilte in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Das Berliner Abgeordnetenhaus gedachte am Sonnabendvormittag in einer Festitzung des historischen Tages, an dem vor 150 Jahren die erste Stadtverordnetenversammlung auf Grund der neuen Städteordnung des Freiherrn vom Stein zusammengetreten war. An der Festitzung nahmen Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und Bundesratspräsident Kaisen teil.

Gerstenmaier überbrachte dem Berliner Stadtparlament die Glückwünsche des Bundestages. Man müsse in dieser Stunde dankbar der parlamentarischen Geschichte der Stadt gedenken, der es bestimmt war, zur Hauptstadt Preußens und zur Reichshauptstadt emporzusteigen und

USA für 27. Mai gerüstet

Washington (ap/dpa). Die amerikanische Militärmacht in Westberlin werde beim Näherrücken des 27. Mai deutlicher in Erscheinung treten als bisher, teilte der US-Heeresminister Brucker mit. Der Minister, der von einer längeren Europa-reise nach Washington zurückkehrte, warnte davor, das Datum des 27. Mai zu leicht zu nehmen; die USA ständen jedoch zu ihren in Berlin übernommenen Verpflichtungen, die Moral der in Berlin stationierten amerikanischen Truppen sei ausgezeichnet, und weder die Truppe noch ihre Familienangehörigen hätten den Wunsch nach einer Ablösung in Berlin. Die Möglichkeit eines Einsatzes sowjetischer Divisionen bezeichnete Brucker als unwahrscheinlich.

deren Bestimmung es heute ist, das Schicksal der ganzen Nation sinnfällig für die Welt darzustellen. „Die ersten freien Wahlen in Berlin, das war das Thema vor 150 Jahren“, fuhr Gerstenmaier fort, „nach vielen Jahren wieder die ersten freien Wahlen in ganz Berlin und in ganz Deutschland, das ist das Begehren, in dem sich nahezu alle unsere Wünsche fassen.“

Den Festvortrag hieß Bundesratspräsident Wilhelm Kaisen, der die städtische Selbstverwal-

tung einen der ganz wenigen Zweige deutscher politischer Geschichte nannte, in der nicht das Tragische und das Unheil überwiegt, sondern das Heilende und Helfende hervortritt. Das gelte im besonderen Maße für das Stadtparlament und den Senat von Berlin, denen es zu verdanken sei, daß Berlin heute überall in der Welt zum Symbol für eine neue Freiheitsgesinnung geworden ist.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Präsident des Abgeord-

netenhauses, Henneberg, vor einem großen Kreis von Ehrengästen den unbeugsamen Willen des Hauses zur Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands bekundet. Als Geburtstagswunsch des Stadtparlamentes nannte er eine blühende Hauptstadt Berlin im Kranz der deutschen Gemeinden und ein wiedervereinigtes Deutschland in der Familie der freien Völker. In einem Schlußwort erklärte der Regierende Bürgermeister Brandt, daß Abgeordnetenhaus und Senat „den Weg weitergehen werden, den die Vorkämpfer einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung gewiesen und geebnet haben“.

Bruce besuchte Adenauer

Berichte über Meinungsverschiedenheiten Spekulation ?

London/Paris (ap/dpa). In den Hauptstädten der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie am Urlaubsort Bundeskanzler Adenauer, Cadenabbia, werden die letzten Vorbereitungen für die am Mittwoch in Paris beginnenden Verhandlungen der westlichen Außenminister getroffen. Die Außenminister wollen versuchen, sich über eine gemeinsame westliche Marschroute für die Genfer Ost-West-Konferenz am 11. Mai zu einigen.

Die deutsche Marschroute wurde nach zweitägigen Beratungen des Bundeskanzlers mit seinen außenpolitischen Ratgebern — Bundesaußenminister von Brentano und Botschafter Professor Grewe — abgesteckt. Brentano will direkt nach der französischen Hauptstadt reisen. Auch der amerikanische Außenminister Herter ist in Paris eingetroffen, wo er noch am gleichen Tage von dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle empfangen wurde.

Nicht nur Prozedurfragen

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn und amerikanische Regierungskreise betonten, daß Spekulationen, nach denen der amerikanische Botschafter Bruce am Wochenende Bundeskanzler Adenauer in Cadenabbia gedrängt habe, eine flexiblere Haltung in den außenpolitischen Fragen einzunehmen, nicht den Tatsachen entsprächen. Bruce habe Adenauer

lediglich über die Entwicklung im amerikanischen Außenministerium seit der Ernennung Herters zum Außenminister unterrichtet. Der Sprecher gab allerdings zu, daß die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik in Paris nicht nur über offene Modalitäten und Prozedurfragen, sondern auch in einigen Grundfragen noch Entscheidungen zu treffen hätten.

Wie aus Bonn verlautete, bestehen die deutschen Pläne für Genf aus einem Stufenplan für die europäische Sicherheit und die Lösung politischer Fragen. In Übereinstimmung mit dem Genfer Eden-Plan aus dem Jahre 1955 will der Westen — was auch deutsche Zustimmung findet — das Militärproblem der europäischen Sicherheit und des Auseinanderrückens der Militärblöcke mit einer stufenweisen Lösung außenpolitischer Fragen mit der Wiedervereinigung verbinden.

Auf der ersten Stufe soll ein Kontrollsystern geschaffen werden, das notwendigerweise schon mit politischen Schritten verbunden wird. Schon zu diesem Zeitpunkt will man verbindlich feststellen, daß in der zweiten Phase mit einer schrittweisen Lösung politischer Fragen, das heißt mit der Wiedervereinigung, begonnen wird. Die zweite Phase dürfte ferner eine Rüstungsbegrenzung in einem geographisch großen Raum enthalten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier weilte dieser Tage in Berlin und gab eine Pressekonferenz. — Unten: Ausgefallen ist der Stand der Schweiz auf der Internationalen Schau für Gastronomie und Fremdenverkehr. In langsam drehenden Glaskugeln ist mit Figuren dargestellt, wie man im Reiseland Schweiz seinen Urlaub verbringen kann.

